

Verbeiführung einer auf die Dauer haltbaren Arbeitsgemeinschaft, und die Hoffnungen auf eine baldige Verwirklichung der sogenannten großen Koalition müssen leider wieder stark zurückgeschraubt werden.

Mit dem Fehlen der sachlichen Verständigung ist naturgemäß auch die Personenfrage wieder in den Hintergrund getreten, an deren Erörterung man selbstverständlich erst nach einer ergiebigen Abereinbarung über die Grundzüge der künftigen gemeinsamen Politik herangehen kann. Da die Sozialdemokratie wenig Neigung zum Entgegenkommen zeigt, spricht man auch nicht mehr von der Kanzlerkandidatur Loebe. Andererseits finden auch die Meldungen wenig Glauben, die von der Übernahme dieses Amtes durch neue Männer des Zentrums sprechen. Vielmehr macht sich jetzt eine Strömung geltend — und zwar sowohl beim Zentrum als auch bei einem Teil der Volkspartei — die den Wunsch vertritt, den Reichskanzler Birch bis auf weiteres in seinem Amte zu lassen. Da das auch dem ständig gedauerten Bündnis der Sozialdemokraten (nicht aber der Demokraten) entspricht, so steht man ungefähr wieder auf dem Punkte, von dem die Verhandlungen ausgingen. Höchstens kann man von einem inzwischens beobachteten engeren Anschluß des Zentrums an die anderen bürgerlichen Parteien sprechen. Eine Klärung der Situation ist wieder in keiner Weise zu erkennen, steht doch im Augenblick nicht einmal mehr der beiden noch als unabänderlich betrachtete Wille des Kabinetts fest, nach dem Eintreffen der Beschlüsse über Oberösterreich vom Amte zurückzutreten.

Die Besprechungen der Parteien haben dagegen ein anderes neues Moment zutage gefördert. Es verstärkt sich immer mehr die Auffassung, daß noch ein Versuch gemacht werden müsse, bei der Entente eine neue Abstimmung in Oberösterreich anzuregen. Man geht dabei von der Voraussetzung aus, daß bei der Abstimmung vom 20. März nur über die Frage „deutsch oder polnisch“, nicht aber über die Frage „geteilt oder ungeteilt“ entschieden werden sollte, und daß über diese zweite, jetzt brennend gewordene Frage erneut der Wille der oberösterreichischen Bevölkerung erforscht werden müßte. Man ist sich über die großen Widerstände klar, die eine solche amtliche deutsche Anregung beim Obersten Rat finden würde, dennoch ist ein Fühler in dieser Angelegenheit auf privatem Wege bereits in London ausgestreckt worden.

Erwähnt sei auch eine Meldung eines amerikanischen Korrespondenten, der wissen will, die englische Regierung habe besonderes Interesse daran, daß die Partei von Dr. Stresemann in die Koalition eintrete, und die englische Regierung sei der Ansicht, es werde der Deutschen Volkspartei gelingen, Deutschland finanziell zu rehabilitieren. Der englische Botschafter habe die Hoffnung ausgesprochen, daß die Deutsche Volkspartei, falls sie in die Koalition eintrete, das auswärtige Amt durch Dr. Stresemann besetzen lasse. Die „amerikanische“ Meldung, die Richtiges und Falsches durcheinanderbringt, muß man mit großer Vorsicht aufnehmen. Veto.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Maßnahmen gegen das Börsenfieber.
Das bayerische Handelsministerium hat dem Vernehmen nach schon vor längerer Zeit die Aufmerksamkeit der zuständigen Reichsstellen darauf lenken lassen, daß die Ausschreitungen der Spekulation vor allem auf dem Devisenmarkt auch in weitesten Kreisen der bayerischen Bevölkerung schwerste Besorgnisse und tiefgehende Beunruhigung hervorgerufen haben. Es muß nach Auffassung der bayerischen Regierung versucht werden, wenigstens den größten Ausschreitungen der Spekulation entgegenzuwirken. Hierzu wurde in Abereinimmung mit dem Urteil hervorragender bayerischer Sachverständiger neben anderen Maßnahmen besonders die Einführung der Legitimationspflicht und des Schlußscheinzwang bei Devisengeschäften angeregt.

Der Friede mit Amerika.
Der amerikanische Senat hat die Friedensverträge mit Deutschland und mit Österreich mit 66 gegen 20 Stimmen und den Friedensvertrag mit Ungarn mit 66 gegen 17 Stimmen ratifiziert. Der Senat lehnte mit 66 : 8 Stimmen einen Antrag des Senators Redd ab, daß die Vereinigten Staaten nach der Ratifikation des Sonderfriedens mit Deutschland keine der Verpflichtungen aus dem Verfasser der Verträge erfüllen sollten. Senator Hitchcock meinte, die Wiederherstellung des Friedens mit Deutschland sei für die Rehabilitation Amerikas notwendig. — Der deutsche Reichstag hat den Friedensvertrag bekanntlich schon vor einiger Zeit ratifiziert.

Großbritannien.
Lord George will nach Washington gehen. Im englischen Unterhause, welches nach einer Ferienpause von zwei Monaten wieder zu einer kurzen Herbsttagung zur Erörterung der industriellen Krise zusammengetreten ist, erklärte Lord George unter allgemeinem Beifall, er hoffe, persönlich nach Washington gehen zu können, sobald die parlamentarische und die allgemeine Lage dies zulassen. Lord Beatty werde in Washington die britische Flotte, Lord Cavan das britische Heer und Marschall Higgins die britischen Luftstreitkräfte vertreten.

Belgien.
Feindliche Ministertölgel. Als Antwort auf eine nationalistische Rundgebung in La Louvière, bei der der Kriegsminister den ehemaligen Frontkämpfern eine neue Fahne überreichte, fand eine sozialistische Rundgebung statt, der der sozialistische Minister der öffentlichen Arbeiten, Ansele, beizubehören. Unter einer roten Fahne soll ein Sozialist, als belgischer Soldat verkleidet, eine Fahne zerbrechen haben, und diese rote Fahne soll dem Verein sozialistischer Frontkämpfer überreicht worden sein. Der Kriegsminister Dedeze hat deshalb dem Ministerpräsidenten seine Demission überreicht. Die Entscheidung steht noch aus.

Türkei.
Weitere Kriegserfolge. Nach dem amtlichen Kriegsbericht der Angora-Regierung befinden sich die nationalistischen Truppen noch 6 Kilometer von Afium Karahissar entfernt. Türkische Abteilungen haben die Linie Sinirli-Kirba-Arsian südwestlich von Afium Karahissar eingenommen. Ein Gegenangriff des Afium Karahissar gegen diese Linie ist erfolglos geblieben. Die Eisenbahnlinie Uschal-Afium Karahissar ist vollständig abgeschnitten.

Aus In- und Ausland.
Lissabon. Bei einem vom Bürgermeister den Regierungsmitgliedern gegebenen Festessen wurde eine Bombe geworfen. Mehrere Minister sollen verletzt worden sein.
Moskau. Zwischen den Sowjetrepubliken Aserbeidschan, Armenien und Georgien einerseits und der Türkei andererseits ist der Friede unterzeichnet worden.

Sofia. Im Prozeß gegen das Kabinett Radostawow befragt der Staatsanwalt von den Ministern Zahlung einer Entschädigung von 30 Milliarden Levaa als Schaden des Staates.

Tehran. Die Regierungstruppen haben die Stadt Reisch am Kaspischen Meer eingenommen.

Aufbesserung für Beamte und Pensionäre.

Ankündigungen des preussischen Finanzministers.
Im Ausschuss für Beamtenangelegenheiten des Preussischen Landtages, der sich weiter mit den Kostendmaßnahmen für die Beamten beschäftigte, gab der preussische Finanzminister folgende Erklärung ab:
Die Staatsregierung verfolgt mit wachsender Sorge, wie die mit der fortschreitenden Entwertung der Mark immer weiter steigende allgemeine Verteuerung der wichtigsten Lebensbedürfnisse es den Beamten und Angestellten des Staates mehr und mehr erschwert, mit ihren gegenwärtigen Dienstbegehungen auszukommen. In ähnlicher Weise wie die aktiven Beamten befinden sich die Ruhegehaltsempfänger und die Hinterbliebenen. Von der Regierung wird anerkannt, daß hier durchgreifende Abhilfe dringend geboten ist. Eine weitere Anspannung des Systems der Ausgleichs- und Versorgungsbeiträge, die in Orisklasse A bereits die Höhe von 93 Prozent erreicht haben, wird über 100 Prozent der Grundgehälter hinaus grundsätzlich bedenklich und deshalb nicht durchführbar. Es muß deshalb versucht werden, im Rahmen der Besoldungsordnung auf anderem Wege zu einer Angleichung der Bezüge zu kommen. Die Arbeiten dazu sind im preussischen Finanzministerium bereits eingeleitet und werden im enghen Einvernehmen mit dem Reichsfinanzministerium tatkräftig gefördert.

Geldspenden für Oppau
werden noch angenommen von der
Geschäftsstelle der Nachr. für Mannheim.

Zum Tode Ludwigs III.

München, 19. Oktober.
Die Nachricht vom Ableben König Ludwigs hat, trotzdem sie nicht unerwartet kam, nicht allein in den monarchisch gesinnten Kreisen tiefe Trauer ausgelöst. Denn der Entschlafene erregte sich auch nach seinem Sturz großer Sympathien. Die Beilegung wird in München an der Seite der verstorbenen Königin erfolgen.

Biersech Lage nach dem Ableben des Königs von Fürstentum ist auch König Ludwig von Bayern aus dem Leben geschieden. Der Tod erfolgte am 18. Oktober nachmittags 4 Uhr 30 Minuten auf der ungarischen Botschaft zu Sarvar. Die Leiche wurde einbalsamiert und wird in einigen Tagen zur Beisetzung nach München übergeführt werden, wo sich auch die Mitglieder der Familie einfänden werden.

Der letzte König von Bayern hat ein hohes Alter erreicht. Er war am 7. Januar 1845 als ältester Sohn des Prinzen Luitpold und der Prinzessin Augusta von Toskana geboren. In seiner Jugend rechnete niemand mit der Möglichkeit, daß er einmal den bayerischen Thron bestiegen sollte, vielmehr nahm man eher an, daß er König von Griechenland werden könnte. Der erste König dieses von der Türkenherrschaft befreiten Landes war seit 1832 der bayerische Prinz Otto, in kinderloser Ehe vermählt mit einer Prinzessin von Oldenburg. Prinz Ludwig wurde von der Familie als möglicher Thronfolger in Aussicht genommen und lernte deshalb schon die neugriechische Sprache, aber die Aussicht zerfiel sich, da König Otto von Griechenland im Jahre 1862 durch eine Revolution aus Athen vertrieben wurde. Im Alter von 21 Jahren nahm der Prinz Ludwig unter seinem Vater als Ordnonanzoffizier an dem Kriege von 1866 teil und wurde in dem Gefecht von Helmstadt am 25. Juli durch einen Schuß in den rechten Oberschenkel schwer verwundet. Die Kugel konnte nicht entfernt werden, und der Prinz hinkte zeitlebens infolge der Verwundung; er schied auch aus dem aktiven Militärdienst aus. Er hat aber, wie die übrigen Mitglieder des Hauses Wittelsbach, sich in die neuen Verhältnisse gefunden, und war zeitlebens ein warmer deutscher Patriot.

Am 20. Februar 1868 vermählte sich der Prinz mit der damals achtzehnjährigen Erzherzogin Maria Theresia von Österreich. Nicht weniger als dreizehn Kinder sind der Ehe entsprossen. Noch während der Stürme des Weltkrieges im Jahre 1918, ein halbes Jahr vor dem Zusammenbruch, konnte er unter großer Teilnahme des Bayernvolkes das Fest der goldenen Hochzeit feiern. Die Schicksale des bayerischen Königshauses sind noch in aller Erinnerung. Am 13. Juni 1886 starb auf tragische Weise der hochbegabte König Ludwig II. durch Selbstmord in geistiger Umnachtung. Da er keine legitimen Erben hinterließ und sein Bruder Otto, der nunmehrige nominelle König, schon lange nicht mehr regierungsfähig war, übernahm der Oheim der beiden Könige, Prinz Luitpold, d. h. der Vater des jetzt Verstorbenen, die Regenschaft über Bayern. Er starb 1912, und nun wurde Prinz Ludwig Regent. Um aber die Verhältnisse in Bayern etwas mehr zu stabilisieren, nahm er am 5. November 1913 den Königstitel an. Das Bayernland hatte nun also einige Zeitlang, bis zu dem Tode König Ottos, eigentlich zwei Könige.

König Ludwig interessierte sich hauptsächlich für die Landwirtschaft und trat auch lebhaft für den Ausbau des Verkehrsnetzes ein, u. a. für Kanalbauten. Während des Weltkrieges hat er sich mehrfach als treuer deutscher Mann bewährt, während seine Söhne aktiv am Kriege teilnahmen. Noch beim Zusammenbruch Österreichs glaubte er an den endlichen Sieg der deutschen Waffen und schickte sich bereits an, Tirol aus den Trümmern heraus zu retten. Er war der erste der deutschen Fürsten, die dann der Novembersturm zu Fall brachte.



Das Burgenland-Kompromiß.

Der durchlöcherige Friedensvertrag.
Der Ausschuss für Ruheres in Wien hatte zu dem Verzicht des Bundeskanzlers Schöber Stellung zu nehmen, der von den Beratungen in Venedig unter della Torretta zurückgekehrt ist. Bundeskanzler Schöber betonte den Kompromißcharakter der Venediger Besprechungen, und empfahl schließlich, das Venediger Protokoll der Beschlußfassung des Ausschusses zugrunde zu legen. Der Ausschuss nahm einstimmig folgenden Antrag an:
„Das Verhalten der Entente macht seit der Ratifizierung des Vertrages von Trianon beweist, daß sie offenbar nicht willens sind, wesentliche territoriale Bestimmungen des Vertrages von St. Germain, und zwar gerade die für Österreich günstigen, durchzuführen. Infolge der hierdurch geänderten Sachlage wird die Bundesregierung ermächtigt, die in Venedig begonnene Verhandlung unter entscheidener Wahrung der Interessen Österreichs und der Rechte des burgenländischen Volkes fortzusetzen und vorbehaltlich der verfassungsmäßigen Genehmigung abzuschließen.“

Flucht vor der Kaserne.
Wiener Blätter lassen sich melden, daß aus dem Burgenland vielfach junge Leute über die Grenze flüchten, um der ungarischen Militärdienstpflicht zu entgehen.

Die Tschechen und ihre Nachbarn.

Fortschritte der inneren Festigung.
Eine öffentliche Darstellung der politischen Gesamtlage in unj. Südböhmischen Nachbarstaaten gab der tschechoslowakische Ministerpräsident Benesch in längerer Erklärung in der Prager Abgeordnetenversammlung. Für uns sind daraus besonders die Worte von Interesse, die er über die Beziehungen zu Deutschland

sagte. Er erklärte, daß diese sich gefestigt haben und daß auch in ihnen eine gewisse Traditionsförmigkeit heraustritt. Es liege im Willen beider Teile, daß die Beziehungen bleiben, wie sie in den letzten drei Jahren geworden sind.

Aber die sonstige auswärtige Politik der Tschechoslowakei stellte er folgende Grundzüge auf: Geltendmachung der aus der Pariser Friedenskonferenz hervorgegangenen Verträge, allmähliche Befestigung aller Konflikte sowie Schaffung einer neuen Atmosphäre, in der der Geist des Hasses dem nützlicheren Mäßigkeit weichen würde und Mitarbeit an der Reorganisation Mitteleuropas und an der Festigung des Friedens.

Die innere Stabilisierung
der Tschechoslowakei finde ihren Ausdruck u. a. darin, daß die Regierung beabsichtige, in diesem Jahre keine neuen Steuern anzufordern und die Ausgabe keiner einzigen ungedeckten Staatsnote zu gestatten. Das werde auch die Beschaffung einer größeren Auslandsanleihe ermöglichen. Ferner kündigte der Minister verschiedene Reformgesetze an und schloß mit den Worten: Es ist gelungen, den Staat in kurzer Zeit so zu konsolidieren und zu stabilisieren, daß alle Versuche, seine Grundlagen zu untergraben, sich als erfolglos erweisen werden.

Die tschechischen Finanzen.
Der vom Finanzminister für 1922 unterbreitete Haushaltsvoranschlag weist in den Ausgaben 19 672 Millionen Kronen und in den Einnahmen 18 884 Millionen Kronen auf, sodaß sich ein Abgang von 788 Millionen Kronen ergibt. Die vorgesehenen Einnahmen übersteigen die letzten des laufenden Jahres um 5 Milliarden.

Vor dem Jagowprozeß.

Rund neunzig Zeugen.
Vor dem Reichsgericht in Leipzig beginnt am 27. Oktober der Prozeß gegen den Regierungspräsidenten a. D. Traugott v. Jagow und gegen den Vorsitzenden des Reichs-Landbundes und der Pommerischen Landwirtschaftskammer Freiherrn von Wangenheim-Rhein-Spiegel wegen Beteiligung am Rapp-Versch. Beide Angeklagte sind des Verbrechens des Hochverrats beschuldigt. Sie sollen im März 1920 im Verein mit dem Generallandwirtschaftsinspektor Dr. Rapp, dem General Rittwieg und anderen es unternommen haben, die Verfassung des Deutschen Reiches gewaltsam zu ändern. Die Amnestieverordnung vom 4. August 1920 ist für beide nicht zur Anwendung gekommen, weil sie als Führer des Rapp-Unternehmens betraachtet werden.

Die sehr umfangreiche Anklageschrift schildert sehr ausführlich die Entstehungsgeschichte des Militärputsches. Es wird u. a. behauptet, daß Dr. Rapp sich schon zur Zeit der Unterzeichnung des Friedensvertrages mit militärischen Stellen in Ostpreußen in Verbindung gesetzt habe, um sie für sein Unternehmen zu gewinnen. Die Anklageschrift gibt dann weiter eine eingehende Darstellung der bekannten Vorgänge vom 13. März 1920. Die Berichte über die Flucht der Reichsregierung und die Konstituierung der Rapp-Regierung, in der Herr v. Jagow den Posten des Innenministers bekleidete, während Freiherr v. Wangenheim zum Landwirtschaftsminister aufsteigen war.

Bis jetzt sind für den Prozeß rund 90 Zeugen geladen worden, die gruppenweise vernommen werden sollen. Unter den Zeugen befinden sich: Reichsjustizminister Schäfer, Oberpräsident Koste, Oberpräsident a. D. Binning, General Werder, Admiral v. Trotha, General Lubersdorff, Freiherr v. Hattenhausen, Konrad Warz, der Direktor des Pommerischen Landbundes v. Dewitz, Staatsminister a. D. Bergt, Dr. Stresemann, der General v. Seck, Kommerzienrat Reinhardt, der frühere Kriegsminister Generalleutnant Reinhardt, die Generale v. Hülßen, v. Bock, v. Owen, v. Zaphen, Major Traub, Reichsjustizminister a. D. Dr. Heinze, Ministerpräsident a. D. Hirth, preussischer Minister des Innern Dominicus, die früheren Minister Gotthein, Siedebum und Celer, Staatssekretär Freund, Unterstaatssekretär Hamm, Geheimrat Borja usw. Die Beteiligung des Freiherrn v. Wangenheim liegt in den Händen des Reichsstaatsanwaltes des Reichs-Landbundes, Reichsanwalt vortiger-Berlin. Wer die Verteidigung des Herrn v. Jagow übernehmen wird, steht noch nicht fest.

Schlußdienst.

Frühnachrichten vom 20. Oktober.
Protokoll des Deutschen Städtetages.
Berlin. Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat eine Entschließung gefaßt, in der es u. a. heißt: Durch den Verfasser Vertrag seiner Nachmittels herab, kann Deutschland sich gegen die Gewalt nicht erfolgreich wehren, aber das Recht kann durch Gewalt nicht unterdrückt werden. In dieser Überzeugung wird das Deutschland in den oberösterreichischen Städten treu ausdauern und die gesamten deutschen Städte werden ihnen in ihrer Not treuherzig zur Seite stehen.

Der Deutsche Städtetag zur Wohnungsfrage.
Berlin. Der Vorstand des Deutschen Städtetages faßte eine Entschließung, in der die Bereitwilligkeit von über die Forderungen des Reichswohnungsbauabgabengesetzes vom 26. Juni 1921 weit hinausgehenden öffentlichen Mitteln verlangt wird. Die Abgabensätze müßten ganz wesentlich gelindert werden, damit daraus auch die Kapitalaufwendung für die notwendigen Neubauten bestritten werden könnte.

Beitrag...
München...
Leipzig...
Frankfurt...
Hamburg...
Sächsische...
Sonnentag...
Johannes...
Schlag...
wieder...
aus...
die...
ähnliche...
wirklich...
Willy...
eine...
zahl...
Schlag...
letzten...
Trotz...
jeweile...
günstig...
guter...
Genuß...
unter...
bergest...
In...
sahne...
wollte...
arbeit...
Genuß...
einmal...
dürfte...
Es...
Beläst...
Lurus...
wirklich...
Lust...
armen...
entfien...
Das...
sahne...
Maunhof...
Sonntag...
für...
offen...
an...
der...
Maunhof...
Hallet...
400...
wird...
die...
Am...
manns...
von...
jhr...
auch...
auch...
Mit...
und...
Niemand...
Eudlich...
er...
hand...
Das...
in...
lassen...
einer...
Das...
hanken...
hand...
Eagen...
leidlich...
den...
Du...
uma...
Er...
Schau...
Regina...
Umge...
wichtig...
Eudlich...
Uma...
Zeit...
mehr...
Er...
par...
Web...
moun...
Die...
ten...
Const...
Zehn...
Stib...
trec...
Stimme...